

Die Bundestags-Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN verlängern uneingeschränkte Flug- und Landeerlaubnis der US-Air Force für die Bundesrepublik – Antrag der Fraktion DIE LINKE "Dauergenehmigung für Militärflüge aufheben" gemeinsam abgelehnt!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 034/07 – 09.02.07**

Kein Ruhmesblatt der deutschen Parlamentsgeschichte!

Völkerrechtswidrige US-Angriffshandlungen dürfen auch weiterhin im deutschen Luftraum vorbereitet und durch Lufttransporte von Deutschland aus unterstützt werden

Am 1. Februar 2007 hat der Bundestag in Berlin ganz nebenbei und von den Medien verschwiegen mit überwältigender Mehrheit einen folgenschwerer Beschluss gefasst.

Eingebracht hatte die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag "Dauergenehmigung für Militärflüge aufheben" bereits am 08.03.2006. Er kann auf der Website www.bundestag.de unter der Rubrik 'Dokumente' als Drucksache 16/857 aufgerufen werden.

Die Kernforderungen dieses Antrages, den Sie selbst ganz nachlesen sollten, lauten:

"Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. erteilte Dauergenehmigungen für Militärluftfahrzeuge anderer Staaten, die in die Bundesrepublik Deutschland einfliegen (Landung) oder sie überfliegen (Transit), nach Ablauf der einjährigen Geltungsdauer nicht zu verlängern und stattdessen Genehmigungen nach Einzelfallprüfung zu erteilen;
2. von der Rücktrittsmöglichkeit zum Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (NTS-ZA) Gebrauch zu machen um sicherzustellen, dass die Nutzung von Liegenschaften, die NATO-Partnern zur ausschließlichen Nutzung überlassen worden sind, sowie der deutsche Luftraum nicht für Verstöße gegen das Völkerrecht missbraucht werden können;"

In der Begründung des Antrages wird darauf hingewiesen, dass die US-Streitkräfte die Air Base Ramstein als Zwischenstation für Verschleppungsflüge, Drehscheibe für den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak und zur Vorbereitung eines Angriffs auf den Iran missbrauchen. Leider fehlt ein Bezug auf den Artikel 26 unseres Grundgesetzes.

Der Antrag wurde erst am 07.09.06 im Bundestag beraten und federführend an den auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung an den Innen- und Verteidigungsausschuss überwiesen. Alle befassten Ausschüsse haben am 13.12.06 – jeweils mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN – die Ablehnung empfohlen. Wer für die einzelnen Parteien den jeweiligen Ausschüssen angehört, können Sie auf der o. a. Website unter 'Ausschüsse' nachsehen.

Wie nach dieser Vorgeschichte nicht anders zu erwarten, wurde der Antrag vom 16. Deutschen Bundestag in seiner 79. Sitzung am 01.02.07 "nach einer halben Stunde Debattenzeit" von allen Fraktionen außer der LINKEN und dem fraktionslosen Abgeordneten Gert Winkelmeier abgelehnt.

Die Beratung dazu kann auf der o. a. Website über "Dokumente/Parlamentsprotokolle" als Drucksache 16/79 aufgerufen werden. Die Antragsdebatte wird als Tagesordnungspunkt 10 ab S. 7895 wiedergegeben.

Wir möchten Sie mit einigen Originalzitaten neugierig machen. Lesen Sie bitte selbst nach, wie leichtfertig manche unserer "Volksvertreter" mit dem Völkerrecht, unserem Grundge-

setz und dem NATO-Vertrag umgehen. Ist das nur Ignoranz oder versuchte Rosstäuscherei?

Niels Annen (SPD): "Für uns als gleichberechtigtes und vollwertiges Mitglied der NATO ist es doch im Sinne der Effektivität und der Verlässlichkeit im Bündnis eine absurde Vorstellung, an dieser Stelle das NATO-Truppenstatut verändern zu wollen oder gar aufzukündigen. ... Dabei hat die deutsche Seite immer wieder betont, dass der internationale Terrorismus in der Tat entschlossen bekämpft werden muss, dies aber im Hinblick auf die Wahl der Mittel kein Persilschein bedeutet. ... Alle Maßnahmen – dieser Punkt ist für die Diskussionen, die uns noch bevorstehen, wichtig – müssen mit demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar sein und dem Recht der jeweiligen Länder sowie dem internationalen Recht uneingeschränkt Rechnung tragen. ... Wir müssen uns darauf verlassen können, dass die USA bilaterale Verträge ebenso achten wie das Regime des Völkerrechts und der Menschenrechte; denn der Kampf gegen den Terrorismus bedarf nicht nur militärischer Mittel, sondern vor allem auch der Legitimität der eingesetzten Mittel. ... Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat sich nicht in blinder Gefolgschaft der sogenannten Koalition der Willigen angeschlossen. Deutschland hat sich eben nicht an dem völkerrechtswidrigen Irakkrieg beteiligt, auch wenn das hier immer wieder suggeriert wird. Sie hat auch die falsche Entscheidung der amerikanischen Regierung – so wird es inzwischen auch vom amerikanischen Kongress gesehen – kritisiert. ..."

- **Anmerkung:** *Der NATO-Vertrag vom 04.04.1949 definiert die NATO als reines Verteidigungsbündnis, das der UN-Charta verpflichtet ist und auf aggressive Gewaltanwendung zu verzichten hat. Nur aus dieser Rechtsgrundlage können Bündnisverpflichtungen für die Bundesrepublik erwachsen. Deshalb und weil der Artikel 26 unseres Grundgesetzes das ausdrücklich verbietet, dürfen völkerrechtswidrige Angriffskriege der USA in keiner Weise unterstützt werden. Wenn der Irak-Krieg auch nach Meinung des Herrn Annen völkerrechtswidrig ist, achtet die US-Regierung eben nicht "das Regime des Völkerrechts und der Menschenrechte". Unbestreitbare Belege dafür sind auch Abu Ghraib und Guantánamo. Kritik an der US-Politik allein genügt nicht. Wie das Bundesverwaltungsgericht im Florian-Pfaff-Urteil festgestellt hat, hätte die Bundesregierung die Nutzung des deutschen Luftraums und der US-Basen in der Bundesrepublik verbieten müssen und hat durch Unterlassung selbst völkerrechtswidrig gehandelt.*

Dr. Rainer Stinner (FDP): "Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihnen von der Linksfraktion muss man eines lassen: Sie sind konsequent. Sie wollen die NATO zerstören. ... Eine Zerstörung der NATO, die Ihr Antrag impliziert, bedeutete, dass wir in der Außen- und Sicherheitspolitik eine Renationalisierung erleben würden. Davon haben wir in Deutschland nun wirklich die Nase voll. ... Gleichwohl verkenne ich nicht, dass Sie in Ihrem Antrag ein wichtiges Thema angesprochen haben, nämlich die Frage, wie wir mit Bündnispartnern umgehen, deren Verhalten im Einzelfall für uns unakzeptabel ist. Für meine Fraktion steht außer Zweifel – ich glaube, das gilt für die meisten Fraktionen – dass das bei den sogenannten CIA-Flügen der Fall ist. ... im Gegensatz zu Ihnen wollen wir ein handlungsfähiges Bündnis, das rechtsstaatliche Prinzipien nicht nur predigt, sondern selbst befolgt. ..."

- **Anmerkung:** *Wer die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Grundlagen der NATO einfordert, verlangt damit nicht schon ihre Abschaffung, auch wenn sie nach Auflösung des Warschauer Vertrages eigentlich obsolet geworden ist. Wer für die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien plädiert, kann sich nicht auf die CIA-Flüge beschränken. Das Bündnis bleibt nur dann handlungsfähig, wenn es die Grundprinzipien des NATO-Vertrages achtet. Die Zusatzverträge könnten ohne NATO-Austritt von der Bundesrepublik mit einer Frist von zwei Jahren gekündigt werden. Alle Einzelbestimmungen des NATO-Truppenstatutes, des Zusatzabkommens und des Stationierungsvertrages sind im Übrigen jederzeit verhandelbar.*

Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg (CDU/CSU): "Ihr Antrag ist zunächst einmal ein weiterer Beitrag unter der Rubrik ...: Wie banne ich möglichst viele antiamerikanische Resentiments auf eine Antragsseite? ... Dieser Ort hat es nicht verdient, zur Plattform von Verunglimpfungen und Beleidigungen unserer Bündnispartner zu werden, egal welcher Bündnispartner. Kritik ja – die müssen auch wir immer wieder äußern; das sollten wir gelegentlich einmal etwas lauter tun – Beleidigung nein! ... Bereits im Feststellungsteil Ihres Antrages überschreiten Sie mit Ihren Argumenten einige Grenzen des guten Stils, des guten Geschmacks und in meinen Augen letztlich auch der Redlichkeit. Es steht außer Frage – Kollege Annen hat es angesprochen; Kollege Stinner hat es ebenso benannt – dass die Vereinigten Staaten gerade im Rahmen ihres selbst proklamierten Krieges gegen den Terror – ich bin weiterhin sehr unglücklich über diesen Begriff – gelegentlich auf Mittel zurückgreifen, die unserem Rechtsverständnis fremd sind. Ich bin dankbar, dass diese Bundesregierung, die Bundeskanzlerin, aber auch viele Abgeordnete aus diesem Hause wiederholt darauf hingewiesen haben, und zwar auch bei unseren Bündnispartnern, allerdings in einem anderen Tonfall, in einem anderen Stil und damit auch mit einer anderen Wirksamkeit als Sie mit Ihrem Antrag. ... Bei einigen Formulierungen in Ihrem Antrag hat man – bei aller Bereitschaft zu konstruktiver Kritik – das Gefühl, dass die Schwelle zur Unerträglichkeit schlicht überschritten ist. Sie unterstellen der Bundesregierung – so steht es in Ihrem Antrag – sie würde „die Vorbereitung auf einen Angriff auf den Iran“ unterstützen. ... Mit Blick auf die Vereinigten Staaten ist dieser Vorwurf reichlich verwegen, mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland ist er schlichtweg absurd. ... Sie schreiben dann – es wird in diesem Antrag immer besser – Ramstein und die anderen Stützpunkte der US-Streitkräfte in Deutschland hätten sich 'zu den wichtigsten Drehscheiben für völkerrechtswidrige Kriege und andere US-Militäreinsätze entwickelt'. ... Jetzt kommen Sie mit dem Völkerrecht. Herr Gehrcke, Sie erheben gegenüber der Bundesregierung den durchaus massiven Vorwurf, diese habe gegen das NATO-Truppenstatut verstoßen; in Ihrem Antrag ist von „eindeutigen Bestimmungen“ die Rede. Eine Konkretisierung dieses Vorwurfs bleiben Sie uns in Ihrem Antrag schuldig. Sie benennen keine konkrete Norm, keinen Artikel. Wir können in Ihrem Antrag nichts Näheres darüber lesen, wogegen die Bundesregierung verstoßen haben soll. ..."

- **Anmerkung:** *Wenn Andere Dinge beim Namen nennen, findet Freiherr zu Guttenberg das offensichtlich degoutant. Er selbst schreckt aber vor Verunglimpfungen übelster Sorte keineswegs zurück. Wenn Kritik an der Politik der Bush-Administration "Anti Amerikanismus" ist, sind inzwischen drei Viertel der US-Bürger Anti Amerikaner. Ansonsten sind die Ansichten des Freiherrn zu Ramstein und zur "Unschuld" der Bundesregierung Belege blanker Ahnungslosigkeit. Ein Blick ins Grundgesetz oder die Lektüre unserer Website und des Florian-Pfaff-Urteils könnte ihm da sicher weiterhelfen. Einen US-Atomangriff auf den Iran wird er sicher auch geziemend zu rechtfertigen wissen.*

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): "Ich finde nicht, dass man, wenn man zum Beispiel die Anwendung von Folter – das hat es gegeben – kritisiert, antiamerikanisch ist. Ich finde aber auch nicht, dass man einen Staat, der über eine funktionierende Demokratie und über ein funktionierendes rechtliches System, auch Gerichtssystem, verfügt und die Fähigkeit zur Selbstkorrektur hat, umstandslos als einen Terrorstaat hinstellen kann. ... Ich teile ja Ihre Auffassung in manchen Ihrer Ansätze. Aber was würde eigentlich anders werden, folgte man Ihrem Vorschlag? Glaubt irgendjemand, dass die USA, wenn sie Ramstein nicht hätten nutzen können, auf den Irakkrieg verzichtet hätten? Das ist eine durchgehend naive Vorstellung. Ihnen geht es gar nicht darum, diesen Krieg oder einen potenziellen neuen Krieg gegen den Iran zu unterbinden. Dieser Antrag ist nur dazu da, zu insinuieren, dass die damalige Bundesregierung die Amerikaner nicht daran gehindert hat, diesen Krieg zu führen und damit mitschuldig geworden ist. Das ist die ganze Polemik, die hinter diesem Antrag steht. ... Natürlich ist die NATO von heute nicht mehr die NATO der

späten 80er-Jahre, die NATO der Nachrüstung. Sie hat sich in dieser Hinsicht völlig verändert. ... Allerdings haben Sie, meine Damen und Herren von der Linksfraktion, noch immer nicht gelernt, dass wir in der Außen- und Sicherheitspolitik auf Systeme multilateraler Absicherung angewiesen sind. Das beinhaltet beispielsweise Veränderungen der Funktionsweise von regionalen Bündnissen wie der NATO und der Europäischen Union sowie die Einbindung der Außenpolitik in das System der Vereinten Nationen. Aber was ist das Gemeinsame solcher Einbindungen? Solche Einbindungen gehen immer mit der Abtretung von Souveränitätsrechten der Nationalstaaten einher. Was mich bei Ihnen von der Linkspartei so stört, ist, dass Sie mit schöner Regelmäßigkeit bei jedem Konflikt, den es gibt, nicht die Sache kritisieren, sondern immer den Punkt herausgreifen – sei es, ob es um Afghanistan geht, oder sei es, ob es um das zur Diskussion stehende Thema geht – dass Deutschland Hoheitsrechte an andere, an multilaterale Institutionen abgibt. Es tut mir leid, aber das halte ich nicht für links. Ständig zu kritisieren, dass wir Hoheitsrechte verlieren, ist nicht links, sondern nationalistisch. ..."

- **Anmerkung:** *Da Jürgen Trittin die USA unter Bush trotz Patriot Act, CIA-Ver-schleppungsflügen, Guantánamo und anderer "Nebensächlichkeiten" immer noch für einen Rechtsstaat hält, sollte er vielleicht einmal seinen alten Weggefährten "Professor" Fischer in den States besuchen. Nach Milieustudien vor Ort kann er mit dem ehemaligen grünen Frontmann Joschka auch gleich über die gemeinsame, glorreiche Vergangenheit parlieren. In den 80er Jahren, als die NATO angeblich noch "ganz anders" war, haben sie es geschafft, mit den Parolen "Frieden schaffen ohne Waffen", "Schwerter zu Pflugscharen", "Raus aus der NATO!" und "Russen raus aus Afghanistan!" die Friedensbewegung vor den politischen Karren der damals noch nicht OLIVGRÜNEN zu spannen. Ihren persönlichen Durchmarsch vom Straßenkampf oder über den KB in die Parlamente und Regierungen macht ihnen so schnell keiner nach. Wenn Trittin die grüne Mitschuld am Irak-Krieg so weit von sich weist, sollte er einmal darüber nachdenken, mit welchen unlauteren Mitteln sein Spezi Fischer als Außenminister ("Nie wieder Auschwitz!") und dessen sozial-demokratischer Partner Scharping als Verteidigungsminister (mit seinem frei erfundenen "Hufeisenplan") die Bundesrepublik im Kosovo in den ersten Schießkrieg nach 1945 verstrickt haben. Wir haben der GRÜNEN-Chefin Claudia Roth schon mehrfach angeboten, sie vor Ort über die zentrale Rolle der Air Base Ramstein zu informieren; Herr Trittin kann gern mitkommen, damit er künftig weiß, wovon er redet. Ausgerechnet der LINKEN nationalistische Tendenzen zu unterstellen ist so abseitig, dass es nur als politische Eselei durchgehen kann. Ansonsten bleibt Unrecht auch dann Unrecht, wenn es auf Geheiß der Bush-Administration mit deutscher Beteiligung von der NATO begangen wird.*

Gert Winkelmeier (fraktionslos): "Bis heute dulden die jeweiligen Bundesregierungen, dass die US-Streitkräfte von ihren Stützpunkten in Deutschland ausgehend, insbesondere von Ramstein, Krieg gegen den Irak führen – ohne juristische Konsequenzen – einen Krieg, der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht legitimiert wurde, also völkerrechtswidrig ist. Die Stützpunkte in Deutschland sind den USA jedoch ausschließlich für die in Deutschland für den NATO-Verteidigungsauftrag stationierten Truppen überlassen worden. Nur in diesem Rahmen dürfen Verbündete ohne Einzelfallgenehmigung unseren Luftraum nutzen. So sieht es das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1994 vor. Die Bundesregierung wusste bereits beim Truppenaufmarsch gegen den Irak im Jahre 2002, dass die USA einen von der Charta der Vereinten Nationen nicht gedeckten Angriffskrieg planten. Trotzdem verkündete der damalige Bundeskanzler: 'Wir haben nicht vor, die Bewegungsfreiheit unserer Freunde einzuschränken.' ... Offensichtlich hat Herr Schröder mit dieser unverfrorenen Aufkündigung des Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz – keine Politik außerhalb des Rechts – auch für die neue Bundesregierung Maßstäbe gesetzt. Es scheint, dass wir es seitdem mit einer „Na-und-Politik“ zu tun haben. Ich nenne zwei Bei-

spiele: Verbringung mutmaßlicher Terroristen mit als zivil registrierten Flugzeugen im Regierungsauftrag aus den USA über Deutschland in osteuropäische oder nordafrikanische Folterkeller – na und? Verurteilung der Gewährung von Überflugrechten zur Führung des Irakkrieges durch den zweiten Wehrdienstsenat in der Disziplinarsache des Majors Pfaff – na und? Es gab keine Konsequenzen. ... Wenn sich unsere Regierungen aus Opportunismus, Feigheit oder welchen Gründen auch immer nicht an Recht und Gesetz halten, dann müssen wir, das Parlament – also der Gesetzgeber – ihnen Fußfesseln anlegen, sozusagen zur Generalprävention, damit Verfassungsbruch nicht zum Gewohnheitsrecht wird. ..."

- **Anmerkung:** *Wir möchten dem Abgeordneten Winkelmeier für diesen klaren, an Recht und Gesetz ausgerichteten Redebeitrag danken, auch dafür, dass er unsere bisherige Argumentation bestätigt.*

Wolfgang Gehrke (DIE LINKE): "Der Kollege Niels Annen hat völlig Recht, wenn er davon ausgeht, dass ich persönlich und, wie ich hoffe, auch meine Fraktion ein tiefes und meines Erachtens begründetes Misstrauen in die Politik der USA haben. ... Ich möchte, dass damit Schluss gemacht wird, dass der deutsche Luftraum, das Territorium unseres Landes, als Drehscheibe für völkerrechtswidrige Kriege und den Transport von Menschen, die gefoltert und misshandelt werden, gebraucht bzw. missbraucht wird. Dies zu beenden, ist unser Ziel. Der Bundestag sollte ein Interesse haben, das zu beenden. Ich schäme mich für die Politik der USA, auch wenn ich sie nicht zu verantworten habe. Wie bezeichnet man ein Land, das Menschen in Ketten legen, schlagen und foltern lässt? Ein solcher Staat ist ein Folterstaat und ein Terrorist. ... Ich glaube, man muss noch einmal klar die bekannten Trennlinien aufzeigen. Ich verweise auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das Sie hier nie kommentieren, wenn wir über die Rechtsgrundlagen diskutieren. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Falle des Majors Pfaff lautet, dass der Krieg gegen den Irak völkerrechtswidrig war und dass die rot-grüne Regierung unseres Landes Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Krieg geleistet hat. ... Unser Antrag zielt in einer relativ bescheidenen Forderung darauf, mehr Kontrolle auf deutscher Seite über das zu gewinnen, was in unserem Land passiert. Wir wollen, dass man von der Ausnahmeregelung, eine Dauergenehmigung zu erteilen, zu der Rechtsnorm der Einzelregelungen mit allen Folgen zurückkehrt. ... Das wissen Sie sehr genau, wahrscheinlich besser als ich –, dass sich Präsident Bush, was den Iran angeht, wieder für einen Krieg entscheidet. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass jetzt klar gesagt wird: Sollte ein solcher Umstand eintreten, startet kein amerikanisches Flugzeug mehr von Ramstein aus, werden keine Gefangenen mehr transportiert, wird diesmal keine Beihilfe geleistet. Es ist also ein Präventivantrag, weil wir eine große Sorge haben. Ich sage Ihnen: Einen weiteren Krieg wie den gegen Irak, einen Krieg gegen den Iran, einen weiteren Militärschlag wird die Welt nicht aushalten. Deshalb muss man rechtzeitig Zeichen setzen: mindestens ein 'Ohne uns', am besten ein 'Dagegen'. ..."

- **Anmerkung:** *Der Abgeordnete Gehrke betont noch einmal, was Die LINKE mit ihrem Antrag erreichen will. Es geht ihr weder um eine Auflösung der NATO, noch um einen Austritt aus dem Verteidigungsbündnis. Es wird nur verlangt, dass die Bundesrepublik ihre volle innere und äußere Souveränität, die sie durch den "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland" und die Wiedervereinigung 1990 wiedererlangt hat, endlich wahrnimmt. Wir sind kein besetztes Land mehr, das alles hinzunehmen hat, was die US-Streitkräfte fordern. Wenn wir ein Rechtsstaat bleiben wollen, muss unsere Verfassung auch endlich von allen Stationierungsstreitkräften respektiert werden. Deshalb müssen ihr gesamter Flugbetrieb und ihre Aktivitäten in den überlassenen Basen ständig kontrolliert werden, damit wir nicht am Ende auch noch in einen Atomkrieg hineingezogen werden.*

Wir haben versucht, mit den Zitaten die Kernaussagen der Debattenredner zusammenzufassen und wegen der Übersichtlichkeit auch die Reihenfolge etwas verändert. Trittin hat

erst ganz am Ende nach Winkelmeier und Gehrke gesprochen. Prüfen Sie selbst im Bundestagsprotokoll nach, ob wir "einseitig oder aus dem Zusammenhang gerissen" zitiert haben. Wir erlauben uns noch einen abschließenden Kommentar.

Unser Kommentar

Dem Iran droht ein atomarer US-Luftkrieg, in dem vielleicht F-16 aus Spangdahlem Atombomben aus Ramstein abwerfen. Auch die Zielplaner der USAFE sitzen im Warfighting Headquarters auf der Air Base Ramstein. Von der USAFE wird auch die reibungslose Luftbetankung der in den USA, in Großbritannien oder auf der Pazifik-Insel Guam startenden B-2 und B-52 Fernbomber organisiert werden. Das EUCOM in Stuttgart wird mit darauf zu achten haben, dass sich die von Flugplätzen der Air Force und von Flugzeugträgern der Navy abhebenden Kampffjets bei den konventionellen und atomaren Bombenangriffen auf den Iran nicht gegenseitig behindern oder von Cruise Missiles getroffen werden, die Lenkwaffenzerstörer und U-Boote im Persischen Golf abfeuern.

Seit 2001 werden Soldaten, Waffen, Munition und sonstiger Nachschub aus der Bundesrepublik zu den Schlachtfeldern der völkerrechtswidrigen Angriffskriege nach Afghanistan und in den Irak geflogen und die Toten und Verwundeten gleich wieder über Ramstein zurück gebracht.

Die fortgesetzten Verstöße gegen den Artikel 26 unseres Grundgesetzes, die Mitschuld am Tod Hunderttausender in Afghanistan, im Irak und demnächst wohl auch im Iran und die drohende radioaktive Verseuchung unabsehbaren Ausmaßes lassen die meisten unserer Parlamentarier so kalt, das sie sich für die Beratung aller damit zusammenhängenden Probleme gerade mal eine halbe Stunde Zeit genommen haben, nachdem sie ein halbes Jahr bis zur ersten Befassung und dann nochmals vier Monate bis zur Ablehnung verstreichen ließen. Die lange Verschleppung des Antrages fand erst ihr plötzliches Ende, als den US-Streitkräften gerade noch rechtzeitig vor ihrem nächsten Krieg signalisiert werden musste, dass ihnen auch diesmal niemand in die Suppe spucken wird.

Von den 614 Abgeordneten des 16. Bundestages haben 560 keine Ahnung, kein Gewissen oder keins von beiden. Nur 53 Abgeordnete der LINKEN und ein Fraktionsloser wollten verhindern, dass die Bundesrepublik weiterhin als Aufmarschgebiet und Hauptdrehscheibe für die laufenden und den zu erwartenden neuen US-Angriffskrieg missbraucht und unsere Verfassung dabei ständig gebrochen wird.

Viele Menschen werden nun sagen, was wollt ihr jetzt noch mit euren Mahnungen und Appellen, die in Berlin machen ja doch, was sie wollen! Diese überwiegend träge Masse fühlt sich nur deshalb so unbeobachtet und sicher, weil unsere Medien schon lange nicht mehr über wirklich wichtige Entscheidungen unseres Parlamentes rechtzeitig und zuverlässig informieren. Sie, liebe/r Leser/in, können nachsehen, wer aus welcher Partei in den drei Ausschüssen für die Ablehnung des Antrages votiert hat. Wenn die oder der Abgeordnete ihres Wahlkreises zu den Neinsagern gehört, können Sie nachfragen, warum sie/er sich so entschieden hat? Sie können nachforschen, ob sie/er nur uninformiert oder verantwortungslos war. Fordern Sie unsere Volksvertreter auf, diesen Beschluss schleunigst zu revidieren, und merken Sie sich alle, die das nicht wollen! Diese Herrschaften muss man ja nicht wieder wählen, und das sollten sie auch erfahren.

Wenn Millionen Menschen den Ramsteiner Appell unterschreiben, wird das auch das Abstimmungsverhalten der Damen und Herren Abgeordneten beeinflussen. Wir können mit unserem Anliegen auch scheitern. Wenn wir aber jetzt nichts mehr für den Frieden in der Welt tun, haben wir ihn schon verloren (s. www.ramsteiner-appell.de)!

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern